

# Eine Geschichte der kurdischen Linken in Tirol

*Wie ein Sklave am Markt halbnackt vor der österreichischen Anwerbekommission in Istanbul zu stehen. Das obligatorische Mundöffnen zur Überprüfung der Zähne. Die angeordnete Untersuchung der gesundheitlichen Eignung des eigenen Körpers für die Arbeit in Österreich, während nahe Verwandte und FreundInnen in den Bergen im Südosten ihr Leben im Kampf für eine andere Türkei und für ein freies Kurdistan riskieren. Diese widersprüchlichen Erfahrungen zwischen Erniedrigung, Flucht, Hoffnung und Befreiungskampf haben eine ganze Generation von ArbeitsmigrantInnen geprägt. Ein Teil von ihnen gelangte nach Tirol, um hier linke, kurdische Strukturen aufzubauen. Ihre Geschichte wird nur in Verbindung mit Geschehnissen in der Türkei, Türkisch-Kurdistan und anderen kurdischen Gebieten verständlich.*

## Arbeitsmigration und die Neue Linke in der Türkei – Die Anfänge

Die ersten KurdInnen kamen vermutlich als ArbeitsmigrantInnen nach Tirol. Auf Grund des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit wurden dringend Arbeitskräfte für Österreichs Industrie und Gewerbe benötigt. Ein Anwerbeabkommen mit der Türkei 1964 ermöglichte die aktive Suche nach ArbeiterInnen aus der Türkei. So kamen in den 1960er- und 1970er-Jahren zehntausende TürkInnen und KurdInnen ins Land. Zunächst nur saisonweise angeworben, blieben viele der ArbeiterInnen später in Österreich und holten ihre Familien nach.<sup>1</sup>

Die Geschichte der türkischen und kurdischen Linken in Tirol beginnt etwas später mit dem Ende der 1970er-Jahre. 1978 wurde der „Bund der türkischen Arbeiter in Tirol“ gegründet, der ein Sammelbecken für ArbeiterInnen aller politischen Couleurs aus sämtlichen Regionen der Türkei war. Der Verein bezog nach langer Suche ein Lokal in der Innsbrucker Falkstraße.

Schon zu dieser Zeit belebten MigrantInnen, unterstützt von der KPÖ, die Demonstrationen zum 1. Mai in Innsbruck. Ihre Verbundenheit mit dem Herkunftsland war stark, politische Geschehnisse dort hatten Auswirkungen im engsten Verwandten- und Bekanntenkreis, zu politischem Engagement kam es jedoch in Österreich zunächst kaum. Dies vor allem aus einem Grund: die Perspektive der baldigen Rückkehr. Im „Bund der türkischen Arbeiter in Tirol“ standen vorerst sportliche Aktivitäten, die Organisation von Kulturveranstaltungen und die gegenseitige Unterstützung im Vordergrund. Während türkische Politik in der Innsbrucker Organisation ein Randthema war, durchlief die Linke in der Türkei und Türkisch-Kurdistan tiefgreifende Veränderungen.

Nach dem Aufbruch und den sozialen Kämpfen der 1960er-Jahre hatte sich in der Türkei eine Spaltung in der Linken vollzogen: Einige Gruppierungen von ArbeiterInnen und Studierenden hatten in der Folge intensiver theoretischer Auseinandersetzung mit der Situation in der Türkei zu einer neuen politischen Linie gefunden, die besagte, dass die Unabhängigkeit Kurdistans der erste Schritt für den weiteren Fortschritt in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Türkei und im Nahen Osten sein müsse. Dies führte zu einem Zerwürfnis mit Organisationen, die einen türkischen Sozialismus als primäres Ziel verfolgten.<sup>2</sup>

In den 1970er-Jahren kam es in Folge des Militärputsches von 1971 zur Zerschlagung vieler oppositioneller Gruppierungen. Verbliebene AktivistInnen sahen in Folge der staatlichen Unterdrückung keine Perspektive einer Veränderung des politischen Systems der Türkei von innen. So gründeten sich mehrere bewaffnete linke Parteien und Organisationen<sup>3</sup>, etwa 1972 die TKP-ML (Türkische Kommunistische Partei – Marxistisch-Leninistisch), 1977 der Dev Yol (Revolutionärer Weg) und 1978 die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans).

Durch einen neuerlichen, von der NATO unterstützten Militärputsch 1980 verschärfte sich die Lage in der Türkei und insbesondere den kurdischen Gebieten: Die liberale Verfassung von 1961, die den Putschisten als Ursache der politischen Instabilität galt, wurde abgeschafft. Alle Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, jegliche Opposition zerschlagen. Folter, Todesstrafen, außergerichtliche Hinrichtungen und Vertreibungen waren an der Tagesordnung. Jegliche Manifestation kurdischer Kultur wurde streng verfolgt, die kurdische Sprache verboten. Mehr als hunderttausend Menschen mussten in türkischen Gefängnissen um ihr Leben bangen.<sup>4</sup>

### Ankunft politischer Flüchtlinge in Tirol – Krieg gegen den türkischen Staat

Die Unterdrückung der Opposition in der Türkei hatte starke Auswirkungen auf die nach Tirol emigrierten Linken: Viele der ArbeitsmigrantInnen politisierten sich, die Ankunft von Flüchtlingen gab den Organisationen in Österreich zusätzlich Auftrieb.<sup>5</sup> Kurz nach dem Putsch kam es im Herbst 1980 zu einer großen Demonstration und einem Hungerstreik in Innsbruck<sup>6</sup>. Die verstärkte Politisierung des „Bundes der Türkischen Arbeiter in Tirol“ führte zu einem Austritt konservativer und rechtsnationalistischer Mitglieder, die jeweils ihre eigenen Vereine gründeten, aber auch linke Gruppierungen spalteten sich ab. Der ursprüngliche Verein orientierte sich an der Politik von Devrimci İşçi (Revolutionäre Arbeiter), der europäischen Schwesterorganisation des Dev Yol, die Abspaltung Partizan folgte der Linie der TKP-ML. Diese beiden Gruppen hatten zwei unterschiedliche Lokale in der Innstraße im Innsbrucker Stadtteil St. Nikolaus, in denen sich Mitte der 1980er-Jahre die migrantische Linke aus der Türkei und Türkisch-Kurdistan traf. Auch SozialdemokratInnen spalteten sich ab und gründeten 1982 den „Verein für österreich-türkische Freundschaft in Tirol“<sup>7</sup>.

Zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei am 12. September 1981 kam es in Wien zu einem medial breit rezipierten Hungerstreik in Solidarität mit den Kämpfern in der Türkei. Zu diesem Zeitpunkt kam es auch erstmals zu Konfrontationen mit der vom türkischen Generalkonsulat gestützten faschistischen Organisation der „Grauen Wölfe“.

Im November 1981 wurde in Innsbruck das „Türkei-Komitee“ gegründet, in dem „neben Leuten aus den beiden fortschrittlichen türkischen Organisationen in Tirol auch Kurden und Österreicher“<sup>8</sup> vertreten waren. Das Komitee traf sich in den Räumen der Redaktion der linken Wochenzeitung „Stattzeitung Rotes Dachl“. Die Plattform diente über einen längeren Zeitraum dazu, kritische Gegenöffentlichkeit in Bezug auf die politischen Entwicklungen in der Türkei zu fördern.<sup>9</sup>

Das Jahr 1982 brachte einschneidende Entwicklungen in der Türkei mit sich. Ein gefangenes Gründungsmitglied der PKK erhängte sich im Gefängnis von Diyarbakir aus Protest gegen die dortige Folter. Kurz darauf, im Sommer 1982, starben zwei weitere Gründer der PKK nach einem Todesfasten, das dem Widerstand gegen ihre Haftbedingungen Nachdruck verleihen sollte.<sup>10</sup> Im Herbst zuvor war der Anführer der Türkischen Kommunistischen Partei/ML in einem türkischen Gefängnis unter Folter gestorben.<sup>11</sup>

In dieser politisch angespannten Zeit stießen einige KurdInnen, die als politische Flüchtlinge nach Innsbruck gekommen waren, auf die schon existierende Gruppe Devrimci İsci (Revolutionäre Arbeiter) in Innsbruck. Sie hatten die politischen Entwicklungen der kurdischen Linken in der Türkei persönlich miterlebt und empfanden die Linie von Devrimci İsci in Innsbruck als zu wenig auf das Ziel eines unabhängigen Kurdistan fokussiert. Daher gründeten sie einen eigenen Verein: Mit dem „österreichisch-kurdischen Solidaritätsverein“ schuf sich die kurdische Linke in Folge die erste eigenständige Organisation in Tirol. Die Position dieser ersten Organisation war stark an Ala Rızgari (Fahne der Freiheit) orientiert, einer linken Abspaltung der türkischen KDP (Kurdische Demokratische Partei). Aus der Gruppe Ala Rızgari Innsbruck wurde 1986 dann YSK (Sozialistische Einheit Kurdistan) Innsbruck. Diese kleine Organisation wird als „Ein-Mann-Unternehmen“ beschrieben, die jedoch in regelmäßigen Abständen eine Flugschrift namens „INFO Kurdistan“ in Innsbruck publizierte.<sup>12</sup>

In den 1980er-Jahren waren türkische und kurdische AktivistInnen in Innsbruck massiver polizeilicher Repression ausgesetzt. Razzien in „Gastarbeiterunterkünften“, die unter rechtlich fragwürdigen Bedingungen durchgeführt wurden, zeugen davon. Sobald Unternehmer, die AktivistInnen angestellt hatten, um eine Verlängerung der Beschäftigungsbewilligung ansuchten, wurden zudem fremdenpolizeiliche Bedenken geäußert. Politisches Engagement zog immer wieder eine Abschiebung nach sich.<sup>13</sup>

Aus einem Informationsfluss zwischen der Tiroler Sicherheitsdirektion und dem türkischen Generalkonsulat in Salzburg geht hervor, dass Daten von AktivistInnen an die türkische Vertretung weitergeleitet wurden. Folge des politischen Aktivismus war für viele, dass ihr türkischer Reisepass nicht mehr verlängert wurde und betroffene AktivistInnen deshalb gezwungen waren, einen Asylantrag in Österreich zu stellen. Auch direkte Repression gegen MigrantInnen in Öster-

reich war häufig Thema der politischen Arbeit der türkisch-kurdischen Organisationen: Im April 1982 kam es beispielsweise in Innsbruck zu einer Demonstration gegen das Vorgehen der Fremdenpolizei.<sup>14</sup> Dessen ungeachtet führten die Vereine ihre politische Arbeit fort. Die Organisationen gründeten für bestimmte Zwecke immer wieder gruppenübergreifende Komitees, wie das „Komitee zur Verhinderung der Hinrichtungen in der Türkei“<sup>15</sup> oder das „Ausländerkomitee“.<sup>16</sup>

## Die PKK im Vormarsch – auch in Tirol

Der Innsbrucker Dev Yol erlebte in dieser Zeit eine Krise, da die Mutterorganisation in der Türkei durch das Regime weitgehend zerschlagen worden war. Indes war ein Teil der PKK-Führung ins Exil in den Libanon gegangen, wo sich diese bei verschiedenen palästinensischen Organisationen einer militärischen Schulung unterzog. Ab 1983 brachten politische Flüchtlinge, die keiner der bestehenden Organisationen angehörten, erstmals Zeitungen der PKK nach Innsbruck. Einige der ehemaligen AnhängerInnen des Dev Yol begannen mit der Linie dieser Partei zu sympathisieren.

Etwa zeitgleich kehrten im Exil geschulte KämpferInnen der PKK wieder in die Türkei zurück, um dort Strukturen für einen kurdischen Befreiungskampf aufzubauen. Im August 1984 erhob die PKK die Waffen gegen den türkischen Staat, denn die Partei sah aufgrund ihrer Erfahrungen keine Möglichkeit, im Rahmen staatlicher Institutionen politisch zu handeln. Der Staat antwortete mit einem so genannten „schmutzigen Krieg“: militärische und politische Maßnahmen sollten helfen, die PKK-Guerilla zu besiegen. Der Aufbau eines in türkischem Sold stehenden Dorfschützersystems loyaler Großgrundbesitzer, Konterguerilla, Todesschwadronen sowie Folter und Massaker an der Zivilbevölkerung, Zwangsräumungen und Zerstörungen von ganzen Dörfern in Türkisch-Kurdistan waren Ausdruck dessen.<sup>17</sup>

Zur selben Zeit wurden unter dem Regime von Saddam Hussein Giftgasangriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung im Nordirak durchgeführt, die nach dem Massaker von Halabja im März 1988 auch international bekannt wurden. Das Chemiewaffenprogramm des Ba'ath Regimes wurde unter anderem auch durch Lieferungen von Firmen aus den Niederlanden und der BRD ermöglicht. Aus Österreich waren in den 1980er-Jahren Waffen von der VOEST-Tochter Noricum an den Irak geliefert worden.

Die in der Diaspora lebenden KurdInnen in Tirol organisierten in Folge des „schmutzigen Krieges“ in der Türkei und den Chemiewaffenangriffen im Irak Proteste und Kampagnen, um internationalen Druck auszuüben. Es gab aber auch einzelne AktivistInnen, die nach Kurdistan zurückgingen, um sich direkt an den Kämpfen zu beteiligen.<sup>18</sup>

Nach der Auflösung des kurdisch-österreichischen Solidaritätsvereins 1985 entstand Ende der 1980er-Jahre wieder eine kurdische Organisation von ArbeiterInnen und StudentInnen, die sich ein Lokal im Innsbrucker Stadtteil Mariahilf anmietete, um ihren politischen Aktivitäten Raum geben zu können.

Zu Beginn der 1990er-Jahre hatte sich der Kampf der PKK zu einem „Volksaufstand“ ausgeweitet. Tausende bekannten sich in den kurdischen Städten bei Demonstrationen und Trauerfeiern für Gefallene zur Guerilla, die verbotene kurdische Neujahrsfeier Newroz wurde von Hunderttausenden für Massendemonstrationen genutzt. Die türkische Armee antwortete mit Gewalt.<sup>19</sup>

Als der Krieg in Türkisch-Kurdistan am heftigsten tobte, war auch einer der Höhepunkte der Aktivitäten der kurdischen Diaspora in Tirol. Die PKK-SympathisantInnen, in den 1980er-Jahren noch eine Randgruppierung der Innsbrucker Linken, bekamen Zulauf. Jedes Massaker der türkischen Armee wurde zudem von Protesten zehntausender KurdInnen in ganz Europa begleitet, die AktivistInnen hatten starke Strukturen aufgebaut, die in der Lage waren, die Kämpfe in der Türkei über das Sammeln von Spenden und über Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.<sup>20</sup>

Als im Herbst 1993 die Kreisstadt Lice von der türkischen Armee teilweise zerstört wurde, kam es in ganz Europa zu Angriffen auf türkische Reisebüros, Banken und Geschäfte. Im Zusammenhang mit diesen Angriffen wurde in Deutschland ein Betätigungsverbot für die PKK erlassen und es folgten Razzien und Verbote von kurdischen Vereinen.<sup>21</sup> Auch in Innsbruck wurde nach dem Massaker von Lice ein türkisches Reisebüro angegriffen – die TäterInnen wurden von der Polizei gefasst.<sup>22</sup>

Weiters wandte die österreichische Justiz den 1993 in Kraft getretenen §278ff StGB an, um gegen kurdische Strukturen vorzugehen. Im April 1994 wurden vier kurdische Aktivisten wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation nach §278a verurteilt, drei von ihnen ausschließlich auf Grund des umstrittenen Mafia-Paragrafen. Das Urteil wurde im Oktober desselben Jahres vom OGH bestätigt.<sup>23</sup>

## Die Entwicklung einer neuen politischen Linie in der Türkei und in Tirol

Aufgrund der Repression gegen AktivistInnen in Österreich und Tirol wurde ab 1994 verstärkt auf diplomatische und politische Aktivitäten im legalen Bereich gesetzt. 1995 wurde der „Kurdische Volkshaus Kultur und Sportverein in Innsbruck“ gegründet und eine Lokalität in der Andreas-Hofer-Straße angemietet. Bis heute fungiert das „Kurdische Volkshaus“ als zentrales Sprachrohr von KurdInnen in Tirol. Türkisch-linke Organisationen, einige der alevitischen Vereine sowie der „Provinz Dersim Natur-, Kultur- und Integrationsverein“ zeigen sich solidarisch. Unter dem Namen „Plattform des demokratischen Kräftebündnisses“ wird zusammen Aktivismus betrieben. Nicht linke Strömungen der KurdInnen sind in Tirol kaum wahrnehmbar, eine Organisationsstruktur fehlt.

In der Türkei hingegen änderten die türkischen Streitkräfte aufgrund der Stärke der PKK in den kurdischen Gebieten ihre Strategie. Ziel dabei war es, durch Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung eine Isolation der Guerilla zu erreichen. Das Resultat: Lebensmittelembargos gegen aufständische Regionen, hunderte zerstörte Dörfer und speziell ausgebildete Konterguerillaeinheiten, die den Guerilla-

einheiten den Rückzugsraum nahmen. Die PKK, die Mitte der 1990er-Jahre ganze Landstriche und Teile kurdischer Städte einer parastaatlichen Verwaltung unterstellt hatte, verlor so wieder an Stärke und wurde zunehmend auf ihre militärische Struktur zurückgeworfen. Als Reaktion darauf wurden politische Bemühungen im Ausland verstärkt.

1995 wurde in Wien ein Büro der ERNK (politischer Flügel der PKK) gegründet, der eine demokratische Lösung in Türkisch-Kurdistan vorantreiben sollte. Im selben Jahr wurde ein kurdisches Exilparlament in Europa ins Leben gerufen – die kurdische Frage sollte über diese Institution und über ideologische Grenzen hinweg in internationale Gremien gelangen. Auch in Österreich fand eine Konferenz dieses von der PKK dominierten Gremiums statt.<sup>24</sup>

In der Türkei zeichnete sich währenddessen das Scheitern des Kampfes der Guerilla ab – ein militärischer Sieg in Gestalt der Erkämpfung eines unabhängigen Kurdistans schien zunehmend unrealistisch. So steuerte die PKK auf das Jahr 1998 zu.<sup>25</sup> In Österreich und Tirol beschränkten sich die Aktivitäten in diesen Jahren vor allem auf das Sammeln von Geldern, die Abhaltung von Newroz- und Gründungstagsfeiern im November sowie auf die Teilnahme an den alljährlichen Demonstrationen zum 1. Mai.

Im Jahr 1998 intensivierte sich die türkische Verfolgung des PKK-Führers Abdullah Öcalan. Die Türkei drohte Syrien mit Krieg, sollte Öcalan Damaskus – den Ort, an dem sich die PKK jahrelang organisiert hatte – nicht verlassen. Öcalan flog nach Russland, Italien, Weißrussland, Tadschikistan und Griechenland, um dort politisches Asyl zu beantragen – vergeblich. Die gesamte Flucht Öcalans wurde von massiven Protesten von PKK-SympathisantInnen in Europa und der Türkei begleitet. Im Februar 1999 entführte ein türkisches Sonderkommando Öcalan aus der griechischen Botschaft in Kenia. Auf der Gefängnisinsel Imrali kam er in Isolationshaft.<sup>26</sup>

Da er in Europa kein politisches Asyl erhielt, wurde SympathisantInnen in der europäischen Diaspora ein gewisses Desinteresse an einer Ausarbeitung eines Lösungsansatzes der „Kurdenproblematik“ vermittelt. Diese Desillusionierung und Frustration lieferte den Nährboden für Proteste. In der emotional aufgeladenen Stimmung kam es sogar zu Selbstverbrennungen.

Der Haft Abdullah Öcalans folgte ein Prozess des vermeintlichen Zerfalls der PKK. Ideologische Debatten und hohe Verluste im Laufe des Abzugs der Guerilla-Einheiten Richtung Irakisch-Kurdistan schwächten die kurdische Bewegung nicht nur in Türkisch-Kurdistan, sondern auch in Europa.<sup>27</sup>

Doch die Arbeiterpartei Kurdistans reorganisierte sich und änderte ihre Linie radikal: Das ursprüngliche Ziel eines sozialistisch geprägten, unabhängigen Staates Kurdistan wurde aufgegeben. Dies hatte zur Folge, dass sich Orientierungslosigkeit unter vielen AktivistInnen breit machte. Die neue diplomatische Linie der Partei, die nunmehr auf eine demokratische Lösung innerhalb der türkischen Grenzen ausgerichtet war, stellte einen Bruch mit der Vergangenheit dar – bis dato hatte die Erfahrung der Unterbindung jeglichen legalen Handelns die Politik der PKK bestimmt. (In den 1990er- und 2000er-Jahren wurden sechs pro-kurdische Parteien entweder verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen.)<sup>28</sup>

## Enttäuschte Hoffnungen in der Türkei – Niedergang der Tiroler Strukturen

Trotz aller Repressalien kündigte sich Anfang der 2000er-Jahre eine Veränderung im türkisch-kurdischen Konflikt an. Auf den vermeintlichen Sieg über die KurdInnen folgten innertürkische Machtkämpfe zwischen den politischen sowie militärischen Obrigkeiten. Aus diesen Konflikten ging die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) unter der Führung Recep Tayyip Erdoğan siegreich hervor. Nach elf Jahren politischer Instabilität schaffte es die AKP, eine Alleinregierung zu stellen und den Fokus der Bevölkerung von dem „Kurdenproblem“ weg in Richtung der „Demokratisierung“ der Türkei nach europäischem Standard zu lenken.<sup>29</sup>

Etwa zeitgleich erlebte das „Kurdische Volkshaus“ in der Andreas-Hofer-Straße einen strukturellen Niedergang. Ein Mitglied formuliert dies folgendermaßen: „Wir waren sozusagen eine in die Ecke getriebene Minderheit, der per se Terrorismus unterstellt wurde.“ Man habe sich in der eigenen ethnischen Identität als „verterrorisiert“ empfunden. In der Folge kam es zu politischen Rückschritten des Kurdischen Volkshauses. Aus der funktionierenden Vernetzung mit österreichischen Organisationen und Parteien entwickelten sich Zweckzusammenkünfte, die sich auf gemeinsame Demonstrationen zum Weltfrauentag und zum 1. Mai beschränkten.

Als sozialer Begegnungsort, der den Erwartungen vieler junger Österreich-KurdInnen in zweiter oder dritter Generation nicht mehr entsprach, konkurrierte die Lokalität des „Kurdischen Volkshauses“ mit anderen, ansässigen Einrichtungen und Vereinen. Die Kinder der ArbeitsmigrantInnen waren den Sprachbarrieren entwachsen, das kulturelle Angebot an Sprach-, Tanz- und Musikkursen reichte nicht aus, um die jungen KurdInnen dauerhaft an den Ort zu binden, der zentral für den Austausch der Elterngenerationen war.

Indes kündigte sich in der Türkei ein reformierter Zugang zur „Kurdenfrage“ an. Die ersten stabilen Jahre der AKP-Regierung führten zu einer entgegenkommenden Haltung hinsichtlich kurdischer Anliegen. Es ließen sich wieder Bestrebungen ausmachen, die eine diplomatische Lösung des „Kurdenproblems“ zu erwirken versuchten.

Durch Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen waren aber viele KurdInnen in den Städten des türkischen Westens ansässig geworden. Infolgedessen kam es verstärkt zu Konflikten zwischen KurdInnen und TürKInnen: 2005 sollte bis dahin das Jahr mit den meisten Lynchversuchen gegenüber KurdInnen werden. In Folge der Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen fand die diplomatische Haltung der Regierung nach drei Jahren ein Ende.

Versuche der KurdInnen in Tirol, mit Demonstrationen und Kundgebungen auf die sich zuspitzende Lage aufmerksam zu machen, stießen in ihren Eigenbeobachtungen mehrheitlich auf Unverständnis: „ÖsterreicherInnen waren der Meinung, dass die neue, demokratische Türkei allen Minderheiten mehr oder weniger ihre Rechte eingestehen würde, das Dogma der terroristischen KurdInnen verfolgte uns“, so ein Aktivist.

## Instabilität und Repression in der Türkei – Angriff auf KurdInnen in Tirol

Von 2005 bis 2007 prägte die Türkei die Rivalität zwischen der militärischen Elite und der AKP-Führung. Vor diesem Hintergrund fanden Prozesse um die nationalistische Untergrundorganisation Ergenekon statt und im Zuge dessen wurden auch Hintergründe zum „schmutzigen Krieg“ der 1990er-Jahre gegen die KurdInnen bekannt.

In dieser Phase der Instabilität riefen die rechtsextremen „Grauen Wölfe“ am 4. November 2007 zu einer anti-kurdischen Demonstration in Innsbruck auf. Infolgedessen wurde das Vereinslokal des Kurdischen Volkshauses in der Andreas-Hofer-Straße angegriffen. Eine Gruppe von DemonstrantInnen attackierte rund 30 anwesende Vereinsmitglieder, hauptsächlich Frauen mit kleinen Kindern, mit Schreckschusspistolen, Messern und Schlagstöcken. Die Bedrohung in der Türkei wurde nun auch für die KurdInnen in Tirol zur Realität.<sup>30</sup>

Zwischenzeitlich erklärte die AKP in der Türkei das Jahr 2009 zum Jahr der „demokratischen Öffnung“, ohne sich dabei an relevante politische Akteure auf kurdischer Seite gewandt oder den Inhalt der Reform allgemein bekannt gemacht zu haben. Auf der einen Seite wurden in Oslo geheime Friedensgespräche zwischen PKK-FunktionärInnen, dem türkische Geheimdienst MIT und einem Sondergesandten Erdogans geführt, auf der anderen Seite erkannte die Regierung die legale pro-kurdische Partei BDP nicht als Gesprächspartner an. Obwohl Inhalte der Verhandlungen nie publik gemacht wurden, gelangte ein Punkt an die Öffentlichkeit: PKK-Mitglieder, die sich nie an einem Gefecht beteiligt hätten, würden eine Amnestie erhalten, sollten sie ihre Stellungen verlassen. In Folge begaben sich einige Guerillaeinheiten aus dem irakischen Kandil-Gebirge in die Türkei. Dies weckte nationalistische Reflexe in der türkischen Öffentlichkeit. Die Furcht vor Verlusten an Stimmen führte zu einem Rückzieher der AKP-Regierung. Trotz anderslautender Versprechen kam es zu Verhaftungen.<sup>31</sup> Gleichfalls wurden im selben Jahr tausende kurdische AktivistInnen festgenommen, darunter auch BürgermeisterInnen türkisch-kurdischer Städte. Die „demokratische Öffnung“ entpuppte sich als Farce, die an Stelle einer diplomatischen Lösung weitere Unterdrückung mit sich brachte.

Gewalt gegen KurdInnen prägte weiterhin die türkische Politik. Die türkische Luftwaffe bombardierte immer wieder Dörfer und vermeintliche Stellungen kurdischer KämpferInnen. Dass bei diesen Luftangriffen ZivilistInnen ums Leben kamen, wie im Dezember 2011 im Dorf Roboski in der Provinz Şirnak, wird bis heute von türkischen Regierungsstellen verleugnet. Auch die politische Repression hielt an – der Staat bediente sich weiterhin des 1991 eingeführten Anti-Terror-Gesetzes, um pro-kurdische AktivistInnen zu verhaften.

Der „Oslo-Imrali-Prozess“, der Dialogprozess zwischen türkischen StaatsvertreterInnen, Abdullah Öcalan und hohen PKK-FunktionärInnen, fand nach der gewonnenen Parlamentswahl der AKP im Juni 2011 ein abruptes Ende.<sup>32</sup> Auf diese Geschehnisse folgten in Tirol Protestkundgebungen und Demonstrationen.



## Das Tief des „Kurdischen Volkshauses Innsbruck“

Bürokratische Probleme zwangen zwischenzeitlich den Vorstand des „Kurdischen Volkshauses“ zu einer Notlösung. Die Lokalität in der Andreas-Hofer-Straße, die rund 15 Jahre lang als Vereinssitz gedient hatte, musste aufgegeben werden. Der Verein wich in eine kleinere Räumlichkeit im Innsbrucker Stadtteil Wilten aus. Auf Grund der Beengtheit des neuen Lokals verließen einige Mitglieder den Verein.

Ein Jahr darauf, am 19.8.2012, kam es in denselben Räumlichkeiten zum Selbstmord von Cemal Kavak, einem zentralen Funktionär des Volkshauses und geflohenen kurdischen Politiker, der zur Stärkung kurdischer Strukturen in Tirol nach Innsbruck gekommen war. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Im Exil zu leben, ist, wie das Leben einer Blume, die in einer Vase wächst. Ich fühle mich wie diese Blume in Europa. Das Leben in Europa ist kein Leben für mich. Ich konnte es nur bis hier her ertragen ...“<sup>33</sup> Nach diesem Ereignis sollten die Mitglieder des Kurdischen Volkshauses das Lokal nur noch einmal betreten, um es auszuräumen. Der weitere Betrieb beschränkte sich auf die Newrozfeierlichkeiten und den jährlichen Festakt zum Gründungstag der PKK.

Indes führte der syrische Bürgerkrieg zu verstärkten Aktivitäten der PKK und im Juli 2012 kam es in Türkisch-Kurdistan zu neuerlichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem türkischen Militär. Im Winter 2012 schlug ein zweimonatiger Hungerstreik kurdischer Häftlinge mediale Wellen. Die Forderungen tausender Streikender waren die Freilassung Abdullah Öcalans und eine vollständige Anerkennung des Kurdischen als Sprache des öffentlichen Lebens, im Bildungssystem und bei Gerichtsverhandlungen. Als die türkische Ärztekammer vor einem Massensterben der aufständischen Häftlinge warnte, rief Öcalan zur Beendigung des Hungerstreiks auf.<sup>34</sup>

Im Zuge dessen zeigte sich die türkische Regierung wieder gesprächsbereit, was zu einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses führte. Nach der Ausrufung eines einseitigen Waffenstillstandes seitens der PKK stellte die kurdische Bewegung einen Drei-Stufen-Plan vor: Unter der Bedingung eines beidseitigen Waffenstillstands würden sich die kurdischen Kräfte zurückziehen, dem sollten eine Verfassungsreform, Gesetzesänderungen und eine Demokratisierung folgen. Mit den erfolgten Reformen würde die PKK unter der Bedingung einer Reintegration der kurdischen Guerillaeinheiten in die Gesellschaft die Waffen endgültig abgeben. Der Abzug der PKK-KämpferInnen, die 2013 Öcalans Rückzugsappell gefolgt waren, fand ein Ende, als die PKK erklärte, die türkische Regierung leite keine ehrlichen Schritte für die Verbesserung der kurdischen Situation ein.<sup>35</sup>

## Gescheiterte Diplomatie und Wiederbelebung des Volkshauses

Zwischenzeitlich wurden in Syrisch-Kurdistan ab 2012 unter der Führung der PYD, der syrischen Schwesterpartei der PKK, selbstverwaltete Kantone eingerichtet. Die neue kurdische Autonomieregion an der türkischen Grenze erhielt den Namen „Rojava“.<sup>36</sup>

2013 besetzten soziale Bewegungen in Istanbul den Gezi-Park. Auf Grund dessen kam es zu Solidaritätsaktionen in Innsbruck, bei denen ältere, linke KurdInnen mit einer Generation von jungen AktivistInnen zusammentrafen. Im gleichen Jahr wurde eine Tirolerin (Aygül Berivan Aslan) als erste Nationalratsabgeordnete mit kurdischem Migrationshintergrund in das österreichische Parlament gewählt.

Die Protestwelle, welche das Massaker an den kurdischen ÊzîdInnen durch den IS (Islamischen Staat) in Şingal in Irakisch-Kurdistan und später die Belagerung Kobanê in Syrisch-Kurdistan auslöste, waren weitere Faktoren, die bei der Reorganisation der KurdInnen in Tirol eine Rolle spielten. Die AktivistInnen sammelten Sach- und Geldspenden, die an Flüchtlings-Notaufnahmestellen in Türkisch-Kurdistan geliefert wurden. Vereine und Solidaritätsgemeinschaften entstanden, die Sammlung und Transport von Hilfsgütern für Flüchtlinge aus Kurdistan organisierten.

Nicht nur die Tiroler Zivilbevölkerung zeigte sich während eines Hungerstreiks für Kobanê vor dem Innsbrucker Landesmuseum sowie bei mehreren Kundgebungen und Demonstrationen, die den IS-Vormarsch anprangerten und eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Kurdistan forderten, solidarisch.<sup>37</sup> Linke AktivistInnen, Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Parteien bekundeten ihre Sympathien und boten Beistand an. Als kurdische AktivistInnen die SPÖ-Parteizentrale in Innsbruck friedlich besetzten, um auf die Lage in der vom IS belagerten Stadt Kobanê aufmerksam zu machen, wurde das Verfassen einer diesbezüglichen Presseaussendung seitens der Tiroler SPÖ erreicht.<sup>38</sup>

Einige Wochen später organisierte eine Solidaritätsgruppe aus VertreterInnen des Kurdischen Volkshauses und anderen Innsbrucker Linken an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Innsbruck einen Vortrag zur Lage in Syrisch-Kurdistan und dem Şingal. Das Interesse von annähernd 350 ZuhörerInnen erstaunte und ermutigte die Tiroler KurdInnen. Weitere Aktionen zur Lukrierung von Spenden, u. a. öffentliche Informationsstände und ein großes Konzert in den Stadtsälen, folgten. Auch ein „stummes Theater“ im Zuge einer gemeinsamen Demonstration einer Tiroler Frauenplattform am Internationalen Frauentag, welches das Leid der Êzîdinnen in IS-Gefangenschaft und den Kampf der kurdischen Frauen gegen den IS thematisierte, wurde aufgeführt. Den Höhepunkt stellte das große, gut besuchte öffentliche Frühlingfest Newroz 2015 am Marktplatz in Innsbruck dar. Durch die Zusammenkunft von jungen und alten AktivistInnen und einer neuen Welle politischer Flüchtlinge aus Syrisch-Kurdistan kam es auch zu einer Wiederbelebung des Vereines „Kurdisches Volkshaus“. Im März 2015 konnte der Verein nach vielen Jahren ohne Lokal in der Innsbrucker Karmelitergasse neue Räumlichkeiten beziehen.

# Der türkisch-kurdische Konflikt - (k)ein Ende in Sicht?!

Im Zuge der türkischen Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 überwand die prokurdische HDP (Demokratische Partei der Völker) die Zehnprozent-Hürde und schaffte so den Einzug in das türkische Parlament. In Innsbruck folgten spontane Jubelbekundungen. Die HDP hatte sich trotz etlicher Angriffe auf ihre Parteibüros und einer Explosion während einer Wahlkampfveranstaltung in der KurdInnen-Metropole Amed (Diyarbakir) behauptet. Für die kurdische Bevölkerung eröffnete sich nun die Perspektive auf eine legale Stimme im türkischen Parlament.

Die positive Stimmung fand jedoch ein baldiges Ende. Die schleppenden Koalitionsgespräche kündigten Neuwahlen an und bei einem Anschlag in der syrisch-türkischen Grenzstadt Pirsûs (Suruç) auf kurdische und türkische JungsozialistInnen, die eine Reise nach Kobanê organisiert hatten, um dort beim Aufbau der Stadt zu helfen, kamen junge Menschen ums Leben. In Tirol folgte auf Grund der Ereignisse eine Solidaritätskundgebung.

Der Anschlag in Pirsûs (Suruç) wurde dem IS zugeschrieben. In Folge des Anschlags tötete die PKK zwei türkische Polizisten, denen eine Kollaboration mit dem IS vorgeworfen wurde. Die türkische Regierung sagte als Reaktion auf die Anschläge „dem Terrorismus den Kampf an“ und stellte mit dieser Wortwahl, wie schon in der Vergangenheit, die PKK dem IS gleich.<sup>39</sup> Türkische Kampfjets flogen zunächst Angriffe auf IS-Stellungen und daraufhin vor allem auch auf Stellungen der PKK im Kandil-Gebirge, bei denen es zu zivilen Opfern kam. Die Guerilla antwortete mit Anschlägen auf das türkische Militär. Am 28. Juli 2015 erklärte der türkische Staatspräsident Erdoğan den Friedensprozess mit den KurdInnen offiziell für beendet.

## Die Angst vor der Zukunft

Die eskalierende Lage in der Türkei wird seitens der in Tirol lebenden KurdInnen besorgt verfolgt. Abgeordnete der HDP werden kriminalisiert und Büros ihrer Partei in Brand gesetzt, Nationalisten ziehen durch die Straßen der Türkei und fordern einen Völkermord an KurdInnen. Zudem führt der wieder aufgeflamnte Krieg in Türkisch-Kurdistan nach wie vor zu unzähligen Opfern.

In Tirol ist die Versorgung ankommender Flüchtlinge aus kurdischen Kriegsgebieten eine ständige Herausforderung für die Gemeinschaft. Auch marschierten türkische Faschisten wieder durch die Tiroler Landeshauptstadt: Am 13. September 2015 wurde eine Demonstration zum 25. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei von etwa 600 Rechtsextremen besucht.

Sowohl die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, als auch rechte Demonstrationen sind Ausdruck dessen, dass der tirolerisch-kurdische Aktivismus noch einen langen, steinigen Weg vor sich hat.

# Anmerkungen

- 1 Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/arbeitsmigration-nach-oesterreich-in-der-zweiten-republik.html> (Zugriff 9.9.2015).
- 2 Nikolaus Brauns/Brigitte Kiechle: PKK. Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam. Stuttgart 2010, S. 36ff.
- 3 Julana Bredtmann: Von Sèvres zur PKK. Ein historischer Überblick über den türkisch-kurdischen Konflikt, in: Thomas Schmidinger (Hg.): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora. Frankfurt a. M. 2011, S. 87–95, hier: S. 90f.
- 4 Brauns/Kiechle, PKK, S. 50f; Bredtmann, Von Sèvres zur PKK, S. 91.
- 5 Şenol Akkılıç/Ercan Yalçınkaya: „Kurdische Diapora“, in: Thomas Schmidinger (Hg.): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora. Frankfurt a. M. 2011, S. 241–250, hier: S. 245.
- 6 Eveline Viehböck: Die Kurdische und Türkische Linke in der Heimat und Migration. Kurdische und türkische Widerstandsorganisationen in der Türkei und im deutschsprachigen Raum unter besonderer Berücksichtigung von Tirol. Dissertation, Innsbruck 1991, S. 623.
- 7 Ebd., S. 595–606.
- 8 *Stattzeitung rotes dachl*, Nr. 116, 6.11.1981, S. 11.
- 9 Ebd.
- 10 Brauns/Kiechle, PKK, S. 51.
- 11 *Stattzeitung Rotes Dachl*, Nr. 118, 20.11.1981, S. 8.
- 12 Viehböck, Die kurdische und türkische Linke in der Heimat und Migration, S. 675–692.
- 13 Ebd., S. 716–738.
- 14 *Stattzeitung Rotes Dachl*, Nr. 138, 9.4.1982.
- 15 Ebd.
- 16 Viehböck, Die kurdische und türkische Linke in der Heimat und Migration, S. 692.
- 17 Brauns/Kiechle: PKK, S. 53–70.
- 18 Viehböck, Die kurdische und türkische Linke in der Heimat und Migration, S. 695.
- 19 Ebd., S. 70–74.
- 20 Akkılıç/Yalçınkaya: „Kurdische Diapora“, S. 246.
- 21 Brauns/Kiechle: PKK, S. 73.
- 22 Bundesministerium für Inneres: Staatsschutzbericht 1997, S. 41f.
- 23 OGH: 18.10.1994, 11Os112/94 (11Os114/94).
- 24 Brauns/Kiechle 2010: S. 74f.
- 25 Ebd.
- 26 Thomas Schmidinger: *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Kurdistan*. Wien 2014, S. 91–96.
- 27 Abdullah Öcalan: *Jenseits von Staat Macht und Gewalt*, Köln 2010, insbes. Kap. 5: Kritik, Selbstkritik und Neuaufbau der PKK, S. 451–504.
- 28 Aga Yosma: *Konfliktstrukturen in der Türkei. Die Kurdenfrage als Sinnbild für die Minderheitenpolitik*. Innsbruck 2000, S. 150–151.
- 29 Erhan Doğan: The Historical and Discursive Roots of the Justice and Development Party's EU Stance, in: *Turkish Studies* 6 (2005), Heft 3, S. 421–437.
- 30 *derStandard.at*, 29.10.2007, <http://derstandard.at/3091396/Tuerkische-Nationalisten-ueberfallen-kurdisches-Lokal-in-Innsbruck> (Zugriff 28.8.2015).
- 31 Metin Boyutlu, PKK'nın „Barış Grubu“ na ceza yağdı, 24.4.2012, <http://www.cnnturk.com/2012/turkiye/04/24/pkknin.baris.grubuna.ceza.yagdi/658522.0> (Zugriff 29.8.2015).
- 32 Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.: *Wie ist es zum Lösungsprozess in der kurdischen Frage gekommen? Vom gescheiterten Oslo-Imrali-Prozess zur Neuaufnahme der Verhandlungen – Ein Rückblick*, Ausgabe 5, August 2013, <http://www.civaka-azad.org/wp-content/uploads/2012/11/info5.pdf> (Zugriff 3.8.2015).
- 33 *anfurturke.net*, 21.8.2012, <http://anfurturke.net/guncel/kurt-siyasetci-cemal-kavak-yn-byraktydy-mek-tuplar> (Zugriff 14.8.2015).

- 34 derstandard.at, 8.11.12, <http://derstandard.at/1353206528820/Kurdische-Haeftlinge-in-der-Tuerkei-beenden-Hungerstreik> (Zugriff 3.8.2015).
- 35 Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.: Wie ist es zum Lösungsprozess in der kurdischen Frage gekommen?, Ausgabe 5, August 2013, <http://www.civaka-azad.org/wp-content/uploads/2012/11/info5.pdf> (Zugriff 3.8.2015).
- 36 Anja Flach/Ercan Ayboga/Michael Knapp: Rojava Revolution. Frauenbewegung und Kommunismus zwischen Krieg und Embargo, Hamburg 2015, S. 84–88.
- 37 tt.com, 9.10.2014, <http://www.tt.com/panorama/gesellschaft/9096788-91/kurden-in-innsbruck-traten-f%C3%BCr-kobane-in-hungerstreik.csp> (Zugriff 17.8.2015).
- 38 diepresse.com, 7.10.2014, [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3882566/Protest-gegen-IS\\_Kurden-besetzen-Tiroler-SPZentrale](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3882566/Protest-gegen-IS_Kurden-besetzen-Tiroler-SPZentrale) (Zugriff 17.8.2015).
- 39 faz.net, 22.7.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/tuerkei-will-nach-su-ruc-anschlag-islamischen-staat-bekaempfen-13714983.html> (Zugriff 22.8.2015).